A-09-231-3 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 06.11.2025

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 231 bis 239:

Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir uns nicht verteidigen müssen.

Gerade deshalb ist eine kritische gesellschaftliche Debatte über Problemlagen bei der Bundeswehr unverzichtbar. Eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste lehnen wir als Mittel der Verteidigungsfähigkeit ab. Durch eine solche Pflicht für junge Menschen wird die gesellschaftliche Verantwortung auf diejenigen abgewälzt, die bereits unter den anhaltenden politischen Versäumnissen der letzten Jahrzehnte leiden. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten werden dadurch verstärkt, anstatt den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Wehrpflicht hat sich als ungeeignet erwiesen, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nachhaltig zu verbessern. Den benötigten Personalaufwuchs bei der Bundeswehr wollen wir stattdessen durch die Erhöhung der Attraktivität des Arbeitsumfeldes erreichen. Die strukturellen Probleme mit Diskriminierung, Sexismus sowie rechten Tendenzen und Netzwerken unter Soldat*innen in der Bundeswehr müssen daher zwingend angegangen werden. Nur so kann die Bundeswehr für die Gesellschaft geöffnet werden und jungen Menschen Perspektiven bieten. Eine angemessene Vergütung ist zwar richtig, hat aber bisher nur sehr bedingt zu einem umfangreichen Anstieg an Wehrdienstleistenden geführt. Erforderlich ist insbesondere eine Veränderung der Tätigkeiten und der Arbeitskultur, damit die Bundeswehr für Menschen, die einen Dienst leisten wollen, ein sicherer und inklusiver Arbeitsort ist.

Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der Drohnenabwehr. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen Verteidigungsindustrie zu etablieren.

Statt eines Pflichtdienstes stehen wir weiterhin für den Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, ob im sozialen Bereich, bei der Bundeswehr oder in anderen Bereichen, mit einer existenzsichernden Vergütung für alle Freiwilligendienste. Nur so ist sichergestellt, dass Freiwilligendienste tatsächlich allen Menschen zugänglich sind. Engagement im Rahmen eines Freiwilligendienstes darf kein Privileg für Jugendliche aus finanziell gut situierten Haushalten sein, sondern muss allen Menschen die Chance bieten, sich zu beteiligen, sich weiterzubilden und sich zu engagieren.

Für den nötigen Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der Drohnenabwehr. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen Verteidigungsindustrie zu etablieren. Die Verteidigungsfähigkeit muss EU-weit besser koordiniert und abgestimmt werden, um für die aktuellen außenpolitischen Entwicklungen gewappnet zu sein.